



# Migration, Integration, Politik und wissenschaftliche Politikberatung in Deutschland

Symposium anlässlich des Abschieds von Prof. Dr. Klaus J. Bade  
als Gründungsvorsitzendem des Sachverständigenrats deutscher  
Stiftungen für Integration und Migration (SVR)  
30. August 2012 in Berlin

**Eine Initiative von:**

Stiftung Mercator, VolkswagenStiftung, Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Körber-Stiftung, Vodafone Stiftung  
und ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius

# Inhalt

<b>Begrüßung</b> Rüdiger Frohn.....	5
<b>Grußwort</b> Prof. Dr. Maria Böhmer.....	6
<b>Grußwort</b> Aydan Özoguz.....	8
<b>Grußwort</b> Cem Özdemir.....	10
<b>Grußwort</b> Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Rita Süßmuth.....	12
<b>Panel</b> Werkstattbericht aus dem Sachverständigenrat: Prof. Dr. Heinz Faßmann und Dr. Gunilla Fincke im Gespräch mit Dr. h. c. Heike Schmoll.....	16
<b>Panel</b> Integration, Migration und strategisches Stiftungsengagement: Dr. Wilhelm Krull und Prof. Dr. Bernhard Lorentz im Gespräch mit Dr. h. c. Heike Schmoll.....	20
<b>Festvortrag</b> Prof. Dr. Dr. h. c. Dieter Oberndörfer: Migration, Integration und wissenschaftliche Politikberatung.....	24
<b>Festvortrag</b> Dr. Heiner Geißler: Klaus J. Bade und die ethischen Grundlagen der Zuwanderungsdebatte.....	30
<b>Rückblick</b> Prof. Dr. Klaus J. Bade.....	34
<b>Ausblick</b> Prof. Dr. Christine Langenfeld.....	40

# Prof. Dr. Christine Langenfeld

Vorsitzende des SVR



## Ausblick

Sehr geehrte Abgeordnete des Bundestags, sehr geehrte Frau Staatsministerin Böhmer, sehr geehrte Stiftungsvertreter, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, vor allen Dingen sehr geehrter, lieber Herr Bade, sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine große Freude und Ehre, heute anlässlich dieses Kolloquiums, mit dem wir Herrn Kollegen Bade ehren und danken möchten, zu Ihnen zu sprechen in meiner Eigenschaft als neue Vorsitzende des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Die Konzeptidee des SVR hat mich von Anfang an ganz außerordentlich überzeugt und dessen Erfolg gibt dieser Idee heute in eindrucksvoller Weise recht. Dieser Erfolg innerhalb so kurzer Zeit ist maßgeblich dem überragenden Engagement und der außerordentlichen Reputa-

tion von Klaus J. Bade zu verdanken. Als neue Vorsitzende des SVR kann ich zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Rat daran anknüpfen. Ich bin mir sicher, dass es uns gelingen wird, die Stellung und Bedeutung des SVR sowohl in der Wissenschaft als auch im politischen Diskurs weiter auszubauen und zu festigen.

Über Politikberatung durch Wissenschaft ist in der letzten Zeit viel Kritisches gesagt und geschrieben worden. Es ist sogar gefordert worden, dass die Wissenschaft eher schweigen solle. Doch schweigen kann und darf Wissenschaft nicht. Es kann ihr nicht darum gehen, sich aus den Fragen des politischen Alltags einer Gesellschaft herauszuhalten, aber sie sollte sich entsprechend ihrer Eigenart hierbei an gewisse Grundregeln halten. In diesem Sinne hat der SVR die Wahrung der wissenschaftli-

chen Qualität in seiner Arbeit und die Rückbindung an die Scientific Community stets für unabdingbar gehalten. Die wissenschaftliche Unabhängigkeit des SVR ist ein hohes Gut. Die Glaubwürdigkeit der in ihm tätigen Wissenschaftler sind Markenzeichen des Rates und essenziell für seine wissenschaftliche Autorität und damit seinen Erfolg. Wissenschaftliche Politikberatung muss sich freilich stets ihrer Grenzen bewusst sein. Wissenschaft ist nicht Politik. Gleichwohl, nein, vielmehr gerade deswegen kann die Wissenschaft viel zur Findung und zur Qualität politischer Entscheidungen beitragen. Insofern erfüllt sie eine öffentliche Aufgabe innerhalb von Politik und Gesellschaft. Wissenschaft verrät ihre Eigenart nicht dadurch, dass sie ihre Inhalte in einer auch für die nichtwissenschaftliche Öffentlichkeit verständlichen Weise darbietet. Wissenschaft kann viel sagen über Adäquanz und Inadäquanz von Mitteln und Ressourcen der Erreichung politischer Ziele, zu den wahrscheinlichen Folgen, den intendierten, aber auch den nicht intendierten. Wissenschaft kann und muss den Schleier des Nichtwissens heben, unter dem sich Politik gelegentlich verstecken möchte. Wissenschaft gibt Auskunft über die Vielfalt möglicher Handlungen, aber auch über fortbestehende Unsicherheiten.

Die Deutlichkeit und Klarheit, mit der sich der SVR in der Öffentlichkeit zu Fragen von Integration und Migration äußert und damit über die Öffentlichkeit wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse in Gesellschaft und Politik trägt, steht mit dem beschriebenen Selbstanspruch von Wissenschaft nicht in Widerspruch. Der SVR ist als wissenschaftliches Gremium geschaffen worden, um die dort gebündelte wissenschaftliche Expertise in für die Politik verständliche und umsetzbare Handlungsempfehlungen zu gießen. Insofern geht es auch um die anwendungsorientierte Seite von Wissenschaft und insoweit hat der SVR auch einen politischen Anspruch, ohne sich den Gesetzmäßigkeiten des (partei-)politischen Prozesses zu unterwerfen. Wenn der SVR öffentlichen Einfluss entfaltet, dann tut er dies über die Qualität seiner wissenschaftlichen Arbeit und seiner Argumente und die Glaubwürdigkeit seiner Mitglieder. Der SVR strebt nicht nach Macht, wohl aber ist es seine Absicht, die von ihm im interdisziplinären Diskurs erarbeiteten Erkenntnisse kraft seiner wissenschaftlichen Autorität in die Öffentlichkeit zu tragen und damit auch Einfluss auf den gesellschaftlichen Diskurs und politische Willensbildungsprozesse zu nehmen. Wer dies Macht nennen möchte, bitte sehr!

Hierbei geht die Arbeit des Rates von bestimmten, seinen Mitgliedern gemeinsamen Zielsetzungen und Wertungen aus. Dies hat der Rat von Anfang an offengelegt. Wir sind überzeugt von der Notwendigkeit einer gesteuerten und qualifizierten Einwanderung nach Deutschland, die neben die humanitären Verpflichtungen Deutschlands treten muss. Integration bedeutet nach der Überzeugung des Rates Partizipation, d. h. allen Menschen, die hier leben, ist eine Chance auf gleichbe-

rechtigte Teilhabe an den Entfaltungsmöglichkeiten der Gesellschaft zu eröffnen. Wir halten dies nicht nur um der Erhaltung des Wohlstands unserer Gesellschaft willen für unabdingbar, sondern auch deswegen, weil der Mensch zu Freiheit und Selbstbestimmung geboren ist. Es geht darum, den Einzelnen hierzu zu befähigen. Diese Verpflichtung hat der Staat gegenüber jedem Menschen. Die Sicherung von Integration in diesem Sinne ist aber nicht nur eine staatliche, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, eine Aufgabe für jeden von uns. Hierfür muss die Politik mit Nachdruck einstehen und werben. Wir sind davon überzeugt, dass die immer stärkere Diversifizierung der Gesellschaft Ausdruck eines modernen, sich stetig weiter entwickelnden und vor allen Dingen freien Gemeinwesens ist. Wir verschließen gleichwohl nicht die Augen vor den damit verbundenen Herausforderungen und Konflikten, aber wir glauben, dass diese lösbar sind. Dies setzt voraus, sich trotz bzw. gerade im Angesicht zunehmender gesellschaftlicher Diversität in der Einwanderungsgesellschaft auf gemeinsame Werte und Normen zu verständigen; hierauf hat Herr Bade immer wieder hingewiesen. Welches diese gemeinsame Basis ist und wo die Grenzen der Toleranz liegen, das bewegt die Menschen sehr, ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Hier ist die offene Bürgergesellschaft mit ihrer Kraft zum Dialog, auch zum streitigen Dialog gefragt. Es geht darum sicherzustellen, dass die Menschen untereinander kommunikationsfähig und -willig bleiben, dass es ihnen trotz aller Unterschiede möglich ist, Politik im demokratischen Prozess gemeinsam zu gestalten, und dass es ihnen ein Anliegen ist, hierbei mitzuwirken, weil sie diesem Gemeinwesen verbunden sind und weil sie alle sich hier zu Hause fühlen. Insofern hängt Integration aufs Engste mit der Funktionsfähigkeit von Demokratie zusammen. Hierbei sollten wir uns stets vor Augen führen, dass der freiheitliche Staat gerade darin seine Stärke hat, dass er Freiheit schützt, statt sie einzuschränken. Das gilt gerade auch für Minderheiten: Grundrechtsschutz ist in klassischer Weise Minderheitenschutz.

Europäisierung und Internationalisierung der Politikfelder Integration und Migration werden weiter zunehmen. Das Jahresgutachten 2013 wird sich im Schwerpunkt mit dem Migrationsraum Europa beschäftigen. Wir halten dieses Thema für glücklich gewählt zum jetzigen Zeitpunkt, denn wir glauben, dass Europa eine Stärkung braucht. Wir sehen in der Öffnung Deutschlands für ein Europa, in dem sich Menschen und Güter frei bewegen, eine große Chance für die Zukunft, aus ökonomischen Gründen, aber auch aus Gründen des Zugewinns an Freiheit und Teilhabe für jeden Einzelnen. Europäisierung und Internationalisierung werden die Arbeit des SVR in Zukunft immer stärker prägen, nicht nur in Bezug auf den Migrationsraum Europa, sondern etwa auch im Hinblick auf die Flüchtlingspolitik. Hier tragen Deutschland und die EU eine besondere Verantwortung. Wie diese Verantwor-

tung in Zukunft wahrgenommen werden kann, ist eine internationale Frage. Dies alles erfordert, die Arbeit des SVR im europäischen und internationalen Kontext stärker zu verbreiten und sich mit anderen Wissenschaftsakteuren im Feld von Integration und Migration zu vernetzen.

Um Vernetzung und vernetztes Denken geht es auch dabei: zu sehen, dass die Felder Integration und Migration immer weniger isoliert betrachtet werden können, sondern dass der Querschnittscharakter von Integrationspolitik immer deutlicher hervortritt. Es besteht die Notwendigkeit, konzeptorientierte Differenzierungen zwischen Integrationspolitik einerseits und allgemeiner Sozialpolitik andererseits zu erkennen und einzufordern,

aber auch zu sehen, unter welchen Bedingungen diese Differenzierungen überholt sind und weniger integrationspezifische als vielmehr milieuspezifische Förderbedarfe im Vordergrund stehen (Klaus J. Bade 2009). So weit ist es freilich noch nicht. Die Herausforderungen für Wissenschaft und Politik in den Bereichen Migration und Integration bleiben groß und verändern sich zudem stetig. An der Bewältigung dieser Herausforderungen wird der Rat – zusammen mit der Geschäftsstelle und ihren Mitarbeitern und dank der finanziellen Treue der Stiftungen – auch in Zukunft mit aller Kraft und Leidenschaft arbeiten.

Vielen Dank!